Stellungnahme der FWV-Fraktion zum Haushaltsplan 2023 des Zollernalbkreises am 12.12.2022

Sehr geehrter Herr Landrat Pauli,
liebe Kolleginnen und Kollegen des Kreistages,
meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Bundesrepublik Deutschland erlebt aktuell eine Vielzahl von parallel verlaufenden Krisen in einem Ausmaß, wie wir sie seit dem Zweiten Weltkrieg noch nicht gesehen haben. Krieg in-mitten von Europa, Millionen Menschen auf der Flucht, Inflation in einer über Jahrzehnte ungekannten Höhe. Nach zwei Jahren Corona hofften wir doch alle, die schlimme Zeit der Krise überstanden zu haben. Dem ist leider nicht so.

Und über alldem wird auch in Europa die Klimakrise immer spürbarer. Vor allem die Energie- und Versorgungssicherheit ist aktuell in Frage gestellt, die Energiekosten für Bürgerinnen und Bürger, für die Wirtschaft samt den Institutionen und für die kommunale Seite einschließlich den von ihr getragenen oder mitfinanzierten Einrichtungen bewegen sich in einer nie dagewesenen Höhe.

Diese schwierigen Rahmenbedingungen prägen die finanzielle Lage der öffentlichen Haushalte. Auch die Wirtschaft befindet sich in „unsicheren Gewässern“ und die Privathaushalte werden durch die steigenden Energie- und Konsumpreise enorm belastet, was wiederum staatliche Entlastungspakete erforderlich macht. Wir müssen deshalb gut überlegen, was wir tun können, was wir tun müssen, um gemeinsam den Zollernalbkreis gut durch diese multiplen Krisen zu führen.

Zunächst gilt unser besonderer Dank allen, die durch ihre Arbeit und durch ihr Engagement ihren Beitrag zur Bewältigung dieser schwierigen Lage für den gesamten Landkreis geleistet haben und weiterhin leisten.

Herr Landrat Pauli, Sie haben in Ihrer Haushaltsrede die Ziele für 2023 benannt:
- eine robuste Energieversorgung und Infrastruktur,
- noch mehr Klima-, Gesundheits- und Katastrophenschutz,
- ein gesundes, generationsübergreifendes, solidarisches Miteinander.

Ja, diese Themen sind nicht nur Ihnen, sondern auch uns Freien Wählern im Zollernalbkreis wichtig. Wir sehen es wie Sie, dass dahinter Chancen und Möglichkeiten stehen und sind deshalb auch dazu bereit, neue Ideen ergebnisoffen mit zu diskutieren. Wie immer an dieser Stelle stellt sich dann automatisch die Frage, was können wir uns als Landkreis finanziell leisten und wo liegen die Grenzen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landkreises und der Kommunen im Landkreis.

Deshalb zunächst ein kurzer Blick zurück:
Die Haushaltsjahre 2021 und 2022 werden wesentlich besser abschneiden als geplant. Zudem steigt die Kreisumlage im Jahr 2023 dank der guten Steuerkraft der Kreiskommunen auch ohne eine Erhöhung der Kreisumlage bereits um rund 3,6 Mio. Euro gegenüber dem Jahr 2022 an. Dies verschafft dem Landkreis ein gutes finanzielles Polster.

Wir Freie Wähler haben uns -wie immer- intensiv mit dem Zahlenwerk auseinandergesetzt und sind zu dem Ergebnis gekommen, dass auch ein Kreisumlagehebesatz von 27,5 % für den Landkreis noch sehr gut auskömmlich ist. Wir stimmen deshalb dem Antrag der CDU-Fraktion zu.

Die bestehenden hohen Liquiditätsreserven und die noch zu erwartenden Einnahmeverbesserungen beim Finanzausgleich sowie die von uns angesprochenen Spielräume samt die vom VF-Ausschuss beschlossene Ausgabekürzung beim Gebäudeunterhalt können diesen Rückgang um rund 4,95 Mio. Euro bei der Kreisumlage gegenüber dem Verwaltungsvorschlag ausgleichen. Sinn und Zweck der Kreisumlage ist nicht, das eh schon üppige „Sparbuch“ des Landkreises zu Lasten der Kreiskommunen zu mehren. 80% der öffentlichen Dienstleistungen werden auf der Ebene der Städte und Gemeinden erbracht. Diese sind die am unteren Ende in der „öffentlichen Finanzierungspyramide“ und müssen dann entweder ihre Leistungen einschränken oder sich über höhere gemeindliche Steuern und Abgaben refinanzieren. Die erneute Senkung der Kreisumlage sehen wir deshalb auch im Sinne einer fairen Finanzpartnerschaft zwischen dem Landkreis und seinen Kommunen für geboten und notwendig.

Wir wissen sehr wohl, dass mit dem Zentralklinikum und der Regionalstadtbahn samt den bereits laufenden Schulsanierungen für unseren Zollernalbkreis große finanzielle Brocken in den kommenden 10 Jahren zu bewältigen sind und die Finanzierung dieser Großvorhaben ohne eine bedarfsgerechte Erhöhung der Kreisumlage sehr schwierig sein wird. Aber noch sind die Belastungen des Kreishaushalts daraus aktuell nicht bestimmend.

Ich wiederhole deshalb meine Worte aus dem letzten Jahr: Geld ist in den öffentlichen Haushalten nie genug da und andererseits haben wir große Projekte vor uns. Wir müssen uns deshalb noch stärker auf unsere Kernthemen konzentrieren, um den finanziellen Spagat zu schaffen. Auf der Ausgabenseite schlagen die dauerhaften Mehraufwendungen/Folgekosten erheblich ins Kontor. Deshalb müssen wir insbesondere dort ein wachsames Auge haben, wo die Mehraufwendungen die Haushalte der kommenden Jahre permanent belasten.

Dazu gehören insbesondere auch die Personalkosten. Durch die Zusatzaufgaben der Corona-, Energie- und Flüchtlingskrise sind die Leistungsgrenzen beim Personal erreicht. Und dennoch müssen wir angesichts der sehr angespannten Finanzlage ein kritisches Auge auf die Entwicklung der Personalstellen werfen. Der Zuwachs in den letzten Jahren und der ursprünglich geplante Stellenzuwachs in 2023 ist enorm! Zwar sind die einzelnen Stellen gut begründet, aber das führt in der Summe dazu, dass der Haushalt an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit gerät. Wir kommen deshalb nicht umhin, bei den Personalkosten und der bei der Anzahl der Stellen eine Obergrenze zu setzen. Wir unterstützen deshalb den entsprechenden Antrag der CDU-Fraktion.

Nach wie vor wird es angesichts des Fachkräftemangels nicht gelingen, alle Stellen zu besetzen. Wir sehen deshalb den daraus entstehenden globalen Minderaufwand bei den Personalkosten weitaus höher als von der Verwaltung angenommen und nunmehr im Haushaltsplan-Entwurf aktualisiert. Andererseits wird die derzeit einberechnete Tariferhöhung nicht ausreichen, wenn man die entsprechenden Forderungen auf Arbeitnehmerseite verfolgt. In erster Linie heißt das, Standards und Leistungen überprüfen, Aufgabenkritik vor Stellenschaffung!
Es gibt viele wichtige Aufgaben für unseren Landkreis. Auf alles einzugehen, würde den zeitlichen Rahmen sprengen. Deshalb spreche ich wiederum einige Kernpunkte an, was nicht heißt, dass uns andere Themen nicht mindestens gleich so wichtig sind.

Bildung ist ein Rohstoff, den wir selbst schöpfen können. Daher müssen wir allen Kindern und Jugendlichen gleiche und hochwertige Bildungschancen bieten. Die Ungleichheit in der Bildung hat sich durch Corona weiter verschärft. Deshalb besteht bei uns im Zollernalbkreis zur Recht ein breiter Konsens darüber, dass die Erweiterung, Modernisierung, Sanierung sowie eine gute, zukunftsgerichtete Ausstattung der vom Kreis getragenen Schulen eine hohe Priorität haben muss, um den Schülerinnen und Schülern zukunftsorientierte Bildungschancen zu ermöglichen.

Eine gute Mobilitäts-Infrastruktur liegt uns für unseren Landkreis am Herzen. Wir Freien Wähler stehen für einen zuverlässigen, attraktiven, klimafreundlichen und bezahlbaren ÖPNV. Der Nettoressourcenbedarf dafür ist jedoch enorm angestiegen. Von 3,6 Mio. Euro in 2021 auf 6,8 Mio. Euro im Jahr 2023.

Leider ist infolge der Pandemie und durch größere Probleme auf den einzelnen Buslinien seither die Akzeptanz der neuen Fahrpläne noch verhalten. Gerade im ländlichen Raum muss die Busverbindung als ein wichtiger Baustein für die ersten Meilen zum Bahnhof, zur Schule oder zum Arbeitsplatz jedoch absolut verlässlich sein. Insbesondere für die Schülerinnen und Schüler ist es wichtig, dass sie die Mobilität mit Bus oder Bahn als Vorteil empfinden und nicht den Tag einer ersten eigenen individuellen Mobilität herbeisehnen.

Das 365 Euro Jugendticket das geplante 49-Euro-Ticket sind nachhaltige Lösungen. Allerdings sind dafür dauerhafte und verbindliche Finanzierungszusagen durch Bund und Land unabdingbar. Wir wünschen uns hierzu einen Bericht über die Auswirkungen auf das Tarifgefüge und die Verkehrsfinanzierung.

Diese stark subventionierten Tickets sind leider andererseits jedoch ein negatives Parade-Beispiel dafür, dass für einige politisch groß angekündigten Projekte das gesamtstaatliche Verständnis fehlt, und dass Leistungen eigentlich erst dann als Rechtsanspruch versprochen und zugesagt werden können, wenn deren Umsetzbarkeit und Finanzbarkeit geprüft und mit der erfüllenden politischen Ebene vereinbart ist.

Wir Freien Wähler stehen zu den gemeinsam beschlossenen ÖPNV-Maßnahmen und Kosten. Allerdings sind angesichts dieser Größenordnung Kosten - Nutzen laufend sorgfältig zu prüfen. Das gute Angebot muss aufgrund des sehr hohen Nettoressourcenbedarfs regelmäßig evaluiert werden.

Zur Mobilitäts-Infrastruktur gehören für uns noch weitere wichtige Projekte: Wir unterstützen weiterhin alle Maßnahmen zur baldmöglichen Realisierung der Regionalstadtbahn in unserem Landkreis, ein Vorhaben, welches aus unserer Sicht die absolute Priorität haben muss. Auch die Radwegekonzeption ist für uns ein wichtiger Bestandteil der Mobilität, da es hier in Zukunft in erster Linie um Alltags-Radwege gehen muss.

Neben der Mobilität auf der Schiene, mit dem Bus oder dem Fahrrad wird im ländlichen Raum auch weiterhin die individuelle Mobilität auf der Straße wichtig sein.

Deshalb wiederhole ich unsere Forderung aus den Vorjahren:
Der überfällige Ausbau unserer wichtigen Verkehrsachsen, der B 27 und der B 463, muss weiterhin mit großem Nachdruck von unten her gegenüber den zuständigen staatlichen Stellen gefordert werden. Das hohe Verkehrsaufkommen und die Staus belasten die Bürgerschaft in den betroffenen Ortsdurchfahrten. Die Bürgerschaft und die Pendler brauchen hier dringend eine Perspektive. Wir schlagen deshalb vor, gemeinsam mit dem Nachbarlandkreis Tübingen und den Verbänden das Land aufzufordern, die hierfür fehlenden bzw. offenen Stellen im Regierungspräsidium baldmöglichst zu besetzen. Zur Not muss man dem Fachkräftemangel mit entsprechenden Sonderregelungen entgegenkommen.

Die qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung in unserem Landkreis war und ist uns allen „lieb und teuer". Das jährliche Defizit des Zollernalb Klinikums, welches schon seit dem Jahr 2019 weit über den jeweils im Vorfeld prognostizierten Zahlen liegt, steigt permanent an. Regulatorische Eingriffe und die Wettbewerbssituation lassen unserem Klinikum kaum die notwendige finanzielle Luft zum Atmen. Dennoch wurde vom Klinikpersonal unter diesen besonderen Umständen Unglaubliches geleistet. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in fast allen Bereichen arbeiteten am Limit oder darüber hinaus. Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Klinikums an den Standorten Albstadt und Balingen sagen wir Dank für deren gute Arbeit, die sie täglich 24 Stunden und 365 Tage im Jahr unter diesen besonderen Umständen und Herausforderungen für die Patientinnen und Patienten leisten.

Das Land Baden-Württemberg verfügt leider über keine umfassende, nachvollziehbare und an objektiven Kriterien messbare Krankenhausplanung und genauso mangelt es an einer ausreichenden und transparenten Finanzierung notwendiger Investitionskosten sowie auf Bundesebene an einer auskömmlichen Finanzierung der Betriebskosten. Das Gesundheitsministerium des Bundes arbeitet momentan an einer längst überfälligen Gesundheitsreform, welche die Krankenhäuser entlasten soll.

In diesem Zusammenhang stellt sich für uns die Frage: Welche Gesetze und Änderungen werden wir haben, wenn wir erst einmal den Baubeschluss für das Zentralklinikum fassen? Deshalb erinnern wir an dieser Stelle an unseren Antrag vom 21.03.2022, in welcher der Kreistag den Grundsatzbeschluss zur Vorplanung gefasst hat. Dies ist für uns nach wie vor von elementarer Bedeutung.

Wir fordern die Landkreisverwaltung und die Klinik-Geschäftsführung deshalb nochmals klar und deutlich dazu auf, dass das Raum- und Funktionsprogramm während der Vorplanung laufend auf die weiteren Entwicklungen angepasst wird und uns die Verwaltung zeitnah über die Einschätzung und Festlegung des Sozialministerium zur Förderfähigkeit der geplanten Nutzflächen und der Planungskosten sowie über die künftig zu realisierenden Mindestmengen in bestimmen medizinischen Bereichen unterrichtet.

Zu einer guten Gesundheitsversorgung gehört auch eine gute und gerade für die älteren Mitmenschen verträglich erreichbare ärztliche Versorgung. Immer mehr Arztpraxen bleiben nach dem Eintritt in den Ruhestand der seitherigen niedergelassenen Ärzte vakant. Wir bitten deshalb das Zollernalb Klinikum um eine Prüfung, inwieweit das Klinikum hier in der Arztausbildung unterstützend helfen kann.

Wichtige Bereiche für den Haushalt 2023 sind auch der Sozialhaushalt mit dem erneut steigenden Nettofinanzierungsanteil, der steigende Bedarf an Jugendhilfemaßnahmen. Doch in Anbetracht der Zeit verweise ich in diesen Punkten auf unsere früheren Haushaltsreden.

Fazit zum Haushaltsplan 2023:
Mit dem vorliegenden Werk werden wichtige Weichenstellungen für den Zollernalbkreis vorgenommen. Die Fraktion der Freien Wähler im Zollernalbkreis stimmt dem Haushaltsplan 2023 unter Berücksichtigung der beantragten Absenkung der Kreisumlage gegenüber dem Verwaltungsvorschlag und der Deckelung im Personalbereich zu. Ebenso stimmen wir dem Wirtschaftsplan 2023 des Eigenbetriebs „Immobilien der Kreiskliniken“ zu.

Dank
Zum Schluss meiner Ausführungen sagen wir Freie Wähler Dank:
Ihnen Herr Landrat Pauli, sowie den Dezernentinnen und den Dezernenten und ebenso der Geschäftsstelle des Kreistages für die gute und offene Zusammenarbeit.

Der Kämmerei, stellvertretend unserem Kreiskämmerer Heinz Pflumm, sagen wir Dank für die Erstellung des Haushaltsplans und für die gute Haushaltsführung.

Nicht zuletzt danken wir der gesamten Landkreisverwaltung für die engagierte und nicht immer einfache Arbeit, die dort geleistet wird. Unser Dank gilt ebenso den Mitarbeitenden in allen landkreiseigenen Einrichtungen.

Danke auch an alle Personen im Landkreis die sich engagieren und für unsere Gemeinschaft einsetzen, sei dies in Vereinen, Organisationen, Verbänden, bei den Feuerwehren und Rettungsdiensten und vielem anderen mehr. Nur durch den enormen Einsatz der vielen Ehrenamtlichen kann ein Miteinander in unserer Gesellschaft gut gelingen.

Herzlichen Dank auch an die Kreistagskolleginnen und Kollegen für die gute Zusammenarbeit.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!